Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
(Für die Rückgabe unverlangter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.)

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 18 part. u. Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,750.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk. incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf. Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt) ohne Postbeförderung 60 Mk. mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.
Reclamen unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 138. Mittwoch den 18. Mai 1887. 81. Jahrgang

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Donnerstag, den 19. Mai, Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung,

die Generalrevision über die Droschken betr.

Die Generalrevision über die Droschken und deren Bespannung soll

Dienstag, den 21. Juni d. J. und Mittwoch, den 22. Juni d. J.

auf der **Pestalozzistraße** stattfinden.

Die Auffahrtszeiten werden, wie folgt, festgesetzt:

Es haben ihre Geschirre vorzufahren die Concessionare mit den Anfangsbuchstaben

A. und B.	am 21.	Juni a.	Vorm.	½ 9	Uhr
C., D. und E.	„	„	„	10	„
F. und G.	„	„	„	11	„
H.	„	„	Nachm.	½ 4	„
J. und K.	„	„	„	½ 5	„
L. und M.	„	„	„	½ 6	„
N., O. und P.	„ 22.	„	Vorm.	½ 9	„
Q., R. und S.	„ „	„	„	½10	„
Sch.	„ „	„	„	½11	„
St., T., U. und V.	„ „	„	Nachm.	½ 4	„
W. und Z.	„ „	„	„	½ 5	„

und zwar derart, daß die Droschken nicht etwa nach und nach zu anderen als den vorgedachten Stunden anfahren, sondern daß die sämmtlichen zu ein und derselben Zeit vorzufahrenden Wagen auf einmal und **pünctlich** zur festgesetzten Stunde auf dem Auffahrtsplatze, der von den Aufsichtsorganen an den Tagen der Revision noch speciell angewiesen werden wird, zur Stelle sind.

Die Concessionare, welche bei Vorführung ihrer Nummern zugegen sein müssen, werden insbesondere darauf aufmerksam gemacht, daß bei dieser Revision die Droschken durchgehends gut lackirt, die Sitzkissen und Rückenlehnen gut gepolstert und mit reinlichen, keineswegs defecten Ueberzügen versehen sein müssen. Ferner ist auf die gehörige Instandsetzung der Pferdegeschirre besonderes Augenmerk zu verwenden; dieselben müssen aus gutem Lederzeug bestehen, gut geschwärzt und dem beim Polizeiamt aufgestellten Probegeschirr möglichst angepaßt sein. Bei Neuherstellungen der Droschken, bezüglich des Lackes, der inneren Ausschläge ꝛc. ist allenthalben den Bestimmungen in unserer Bekanntmachung vom 10. October 1884 nachzugehen, wie denn überhaupt die Droschken durchgehends allen übrigen Bestimmungen in §. 6 des Droschkenregulativs vom 5. October 1883 und der vorgedachten Bekanntmachung, die Dienstkleidung der Droschkenführer aber genau den Vorschriften in §. 10 des angezogenen Regulativs entsprechen müssen.

Zuwiderhandlungen gegen vorstehende Anordnungen werden nach §. 51 des Regulativs bestraft werden und haben die Concessionare nach Befinden überdem die Außerdetriebsetzung der nicht vorschriftsmäßig vorfahrenden Geschirre zu gewärtigen.

Leipzig, am 16. Mai 1887.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Bretschneider. Mühlmer.

Bekanntmachung.

Ein Knabe im Alter von 13 Jahren (Moses) ist von der hiesigen Gemeinde in Pflege zu geben.

Leute, welche gesonnen sind, den Knaben zu sich zu nehmen und Gewähr für eine gute Erziehung bieten, wollen sich unter Angabe ihrer Ansprüche auf hiesigem Rathhause, Zimmer Nr. 1, melden.

Volkmarsdorf, am 15. Mai 1887.

Der Gemeindevorstand.
Lehmann. G.

Nichtamtlicher Theil.

Der Streik der belgischen Kohlengrubenarbeiter.

Die Nachrichten, welche seit einigen Tagen aus den belgischen Kohlendistricten zu uns gelangen, lassen erkennen, daß die Arbeiterfrage in Belgien sich aufs Neue zuspitzt. Wie immer in solchen Fällen gehen die Angaben über die Zahl der streikenden Arbeiter auch hier auseinander. Nach dem „Peuple" beträgt die Zahl 10,000, während die amtlichen, dem Minister des Innern zugegangenen Nachrichten nur von 2000 streikenden Grubenarbeitern berichten. Der Streik erstreckt sich über ein ansehnliches Gebiet, es sind daran betheiligt die Kohlengruben von Laloupière, Sars Longchamps, Houffe, Bouvy und Redemont. Ein allgemeiner Streik in den Kohlengruben von Lüttich steht bevor. Wie ein Telegramm aus Mons besagt, streiken allein in Sars Longchamps 2000 Arbeiter, also scheint nur ein Theil der amtlichen Nachrichten veröffentlicht zu sein. Daß die Lage ernst ist, ergiebt sich aus den Maßregeln, die bereits getroffen, und aus denen, welche vorbereitet sind. Nach der Gegend von Sars Longchamps ist bereits ein Bataillon Infanterie abgegangen, außerdem ist Vorsorge getroffen, daß 5000 Mann jederzeit nach den bedrohten Puncten abgehen können. Aus dem Aufruf des Gouverneurs von Hennegau geht hervor, daß der Streik von den Führern der Bewegung auch gegen den Willen der Grubenarbeiter durchgeführt wird, denn in einzelnen Gruben war die Arbeit schon wieder aufgenommen worden, die Veranstalter des Streiks ließen das aber nicht zu, sondern zwangen die Arbeiter, die Arbeit wieder einzustellen. Der Aufruf des Gouverneurs weist auf die Strafbarkeit dieser Handlungsweise hin und stellt der friedliebenden Bevölkerung den wirksamen Schutz der Behörden in Aussicht. Das wird aber nach den bei solchen Anlässen gemachten Erfahrungen nicht viel helfen. Eine für den 15. Mai anberaumte Versammlung in Braine le Comte, an welcher 10,000 Arbeiter theilnehmen wollten, ist, obwohl sie bereits gestattet war, im letzten Augenblick wieder verboten worden, weil man mit Rücksicht auf die Streikbewegung von einer so großen Ansammlung erregter Arbeiter mit Recht schlimme Folgen voraussah. Damit sind die vorliegenden Nachrichten erschöpft, sie genügen aber vollständig, um die Besorgniß zu rechtfertigen, daß Belgien vor der Wiederholung von Ausschreitungen steht, wie sie das vorige Jahr besonders in den Gegenden gebracht hat, wo die Glashütten in Betrieb sind. Der Brand und die Plünderung der Bontoux'schen Fabrik bildeten bekanntlich den Höhepunct der vorjährigen Bewegung, und wie es scheint, wird auch der diesjährige Streik nicht glatt verlaufen, wenn nicht die Regierung sehr energisch dagegen vorgeht.

Die Verhandlungen über die neu anzulegenden Befestigungen der Maaslinie und über die Einführung der allgemeinen Militärpflicht hatten die Aufmerksamkeit von der Hauptfrage von der Entwickelung der Arbeiter-Angelegenheiten abgelenkt, jetzt macht sich die Arbeiterfrage aufs Neue gebieterisch geltend. Es kann kein Zweifel darüber obwalten, daß die Noth der Grubenarbeiter groß ist, und daß derselben noch in keiner Weise abgeholfen ist. Im vorigen Jahre schon sind die Gründe dieses Nothstandes ausführlich erörtert worden, und diese Erörterung hat leider zu dem Ergebniß geführt, daß eine Besserung nicht zu erwarten ist, weil der Ertrag der Kohlenförderung sehr gering ist und eine Lohnaufbesserung die Ausbeutung nicht mehr lohnend genug erscheinen lassen würde, so daß dann die Betriebseinstellung in den meisten Gruben eintreten würde. Das ist die Sachlage, wie sie von den Grubenbesitzern geschildert wird. Die Arbeiter denken darüber freilich anders, und die Führer der Bewegung haben ihr Streben darauf gerichtet, vor allen Dingen den Arbeitern politische Rechte zu verschaffen; wenn diese erst gewährt seien, dann würden sich auch Mittel und Wege finden, um dem Nothstande zu steuern.

Deshalb kehrt bei allen Kundgebungen der belgischen Arbeiter die Forderung nach Verleihung des allgemeinen Stimmrechts wieder. Diese Forderung haben sie an die Regierung ebenso wie an die Volksvertretung gestellt, ja sie haben es sogar versucht, sich mit diesem Anliegen direct an das Staatsoberhaupt zu wenden. Aber weder auf Seite der Regierung, noch in der Volksvertretung ist die Neigung vorhanden, auf die Wünsche der Arbeiter einzugehen. Unter dem Vorsitz des Bürgermeisters von Brüssel hat sich ein Comité gebildet, welches die Untersuchung der Ursachen des Nothstandes zur Aufgabe gewählt hat, um dann Versuche zur Abhilfe zu machen. Dieses Comité besteht jetzt seit etwa einem Jahre, man hat aber noch nichts von den positiven Ergebnissen seiner Bemühungen gehört. Es ist anzunehmen, daß hier und da etwas geschehen ist, um den berechtigten Forderungen der Arbeiter nachzukommen, aber das hat nicht genügt, um den Nothstand zu beseitigen. Nachdem der Winter glücklich überwunden ist, macht sich das Bedürfniß nach Verbesserung der Lage der Grubenarbeiter wieder mit größerer Kraft geltend.

Die Erfahrungen des Jahres 1886 haben gelehrt, daß Gefahren für Ruhe und Ordnung von den Grubenarbeitern weit weniger zu besorgen sind als von den Arbeitern der Glashütten, welche in Folge der Verbesserungen in der Herstellung des Glases brodlos geworden sind. Sie haben es abgelehnt, sich den höheren Grad von Ausbildung anzueignen, welcher nach der neuen Productionsweise nöthig ist, und ziehen es vor, die fleißigeren und geschickteren Arbeiter in ihrer Arbeit zu stören und Unzufriedenheit gegen die Arbeitgeber zu erregen. Diese Leute stehen zwar bisher noch als unbetheiligte Zuschauer des Streiks zur Seite, aber die Besorgniß erscheint nicht unbegründet, daß sie auch in diesem Jahre wieder in die Bewegung eingreifen werden. Auch im Frühjahr 1886 begann der Aufruhr mit einem Streik der Arbeiter in den Kohlengruben, die schlimmen Ausschreitungen der im Lande umherziehenden unbeschäftigten Arbeiter folgten nach. Möge es den Behörden gelingen, die Ausdehnung der Bewegung durch schnelle und energische Unterdrückung zu verhindern. Daß auch jetzt wieder anarchistische Elemente an der Arbeit sind, dem Streik eine verhängnißvolle Wendung zu geben, zeigt der Aufruf des Gouverneurs von Hennegau. Die armen Arbeiter in den Kohlengruben verfügen nicht über die Mittel, um einen Streik von längerer Dauer aushalten zu können, aber die Sendlinge der Socialisten und Anarchisten unter den belgischen Arbeitern suchen die Noth der Grubenarbeiter für ihre Zwecke auszunutzen. Ob sie und so viele Familien dadurch in noch tieferes Elend gerathen und zu Grunde gehen, kümmert sie nicht, wenn sie nur einen Arbeiteraufstand von Bedeutung zu Stande bringen, wenn es ihnen gelingt, ein Stück socialer Revolution in Scene zu setzen, dann haben sie ihren Zweck erreicht.

Die Bewegung mag nun schnell oder langsam unterdrückt werden, so viel scheint festzustehen, daß die Führer nicht eher ruhen werden, als bis Regierung und Volksvertretung Anstalten treffen, das allgemeine Stimmrecht einzuführen oder wenigstens den Census herabzusetzen. Darüber, daß der Census zu hoch ist, um der großen Masse der Bevölkerung Einwirkung auf die Gesetzgebung zu verschaffen, besteht kein Zweifel, aber andererseits trägt man Bedenken, an den bestehenden Verfassungsbestimmungen zu rütteln, weil man fürchtet, daß dann unmögliche Verhältnisse eintreten werden. Bisher hat die Uneinigkeit unter den Liberalen die klerikale Partei zur Herrschaft gebracht und sie darin erhalten; bevor etwas in der Sache geschehen kann, müßte vor allen Dingen erst wieder eine liberale Regierung die Zügel ergreifen. An Versuchen, dahin zu gelangen, hat es im letzten Jahre nicht gefehlt, aber der Erfolg war auf der Seite der Ultramontanen, weil sich die liberale Partei nicht zu einer befreienden That zu ermannen vermochte. Das Land leidet unter den fortgesetzten Arbeiterunruhen schwer und es besteht die Gefahr, daß die Zustände von Jahr zu Jahr schlimmer werden, wenn das jetzige Ministerium noch längere Zeit im Amte bleibt. *

Leipzig, 18. Mai 1887.

* Die **Zuckersteuervorlage** wird in den nächsten Tagen von den Ausschüssen des **Bundesraths** in Berathung genommen, und steht es nach der „Post" außer Zweifel, daß dieselbe vor Pfingsten vom Plenum des Bundesraths endgiltig für die Einbringung im Reichstage fertig gestellt wird.

* Für die **Vorbereitungen zur Errichtung des von den gesetzgebenden Factoren jetzt genehmigten orientalischen Seminars** ist, wie mitgetheilt wird, zunächst eine Commission ernannt, welche geeignete Vorschläge machen soll und die aus den Herren Unterstaats-Secretair Graf v. Berchem, Wirklicher Geh. Legations-Rath Humbert, beide vom Auswärtigen Amte, Geh. Reg.-Rath Dr. Althoff aus dem Cultusministerium und dem Professor an der Universität Berlin Dr. Sachau besteht. Der Letztere hat sich vor Kurzem nach Paris begeben, um von den Einrichtungen der „école des langues orientales vivantes" Kenntniß zu nehmen. Da man sich hier auf einem ganz neuen Felde befindet, so sind die Schwierigkeiten, welche sich bei der Auswahl der Lectoren und Lectoren-Assistenten darbieten, nicht gering. Die Commission ist mit verschiedenen in Frage kommenden Persönlichkeiten in Verbindung getreten, auch hat sie bereits Schritte gethan, um Eingeborene aus den bezüglichen orientalischen Völkerschaften als Lectoren-Assistenten heranzuziehen. Als in Aussicht genommen werden verschiedene Personen genannt, darunter als Lector für das Arabische der Kanzler Drageman Dr. Hartmann in Beirut und für das Persische ein Reisender Namens Andreas. Doch sind alle betreffenden Verhandlungen, wie verlautet, noch nicht zum Abschlusse gebracht.

* Der „Politischen Correspondenz" wird aus Rom gemeldet, daß die Ernennung des **Grafen Solms** zum **deutschen Botschafter in Rom** bereits vollzogen ist.

* Der **Prinz-Regent von Bayern** hat an das Staatsministerium folgenden allerhöchsten **Erlaß** gerichtet:

„Auf Meiner jüngsten Rundreise, von der Ich vor wenigen Tagen zurückkehrte, habe Ich Mich, wie bei dem Städtebesuche im Herbste vorigen Jahres, neuerdings von der treuen Anhänglichkeit überzeugt, mit der das bayerische Volk seinem Herrscherhause ergeben ist. Von Meiner Abfahrt aus der Residenzstadt bis zur Rückkehr und insbesondere auch bei letzterer selbst sind Mir ungezählte Kundgebungen patriotischer Gesinnungen zu Theil geworden. Der warmen und begeisterten Empfangen, welchen Ich seitens der Städte, in denen Ich Aufenthalt nahm, und nicht minder auf dem Wege dahin überall fand, der festlichen Begrüßungen und Veranstaltungen, welche Mir ununterbrochen von allen Kreisen der Bevölkerung und von Vereinigungen aller Art bereitet wurden, werde Ich stets dankbaren Herzens und mit aufrichtigster Freude gedenken. Allerorten ist die innige Verbindung von Dynastie und Volk auf das Glänzendste zu Tage getreten. Ich erblicke in dieser schönen Verbindung die sicherste Gewähr für eine segensreiche Zukunft des theuren Vaterlandes. Seinem Wohle ist Mein unablässiges Bestreben geweiht.

München, 15. Mai 1887. (gez.) **Luitpold, Prinz von Bayern.**"

* * *

* Die **Czechen in Prag** können sich über das Verbot des geplanten Festzuges des **czechischen Turnvereins Sokol** nicht beruhigen. Es gährt in Prag aufs Neue. Die Mehrheit der Bevölkerung Prags sei aufs Tiefste beleidigt u. s. w. — Und doch ging das Verbot von eigenthümlichen Voraussetzungen aus. Den Deutschen Prags verbietet man jede öffentliche Feier, denn die Czechen könnten „gereizt" werden; umgekehrt ist das Verbot des Festzuges des Prager Sokol beileibe kein Act der „Gleichberechtigung"; man fürchtet vielmehr, daß es zu Ausschreitungen gegen die Deutschen käme, wenn das czechische Volk Prags sich in „gehobener Feststimmung" befände. So wurde wenigstens der czechische Reichsrathsclub von Statthalterei wegen über das Verbot beruhigt. — Jedenfalls charakteristisch für die Auffassung der Statthalterei über die Zustände in Prag.

* In **Dalmatien** wiederholen sich die **Ausschreitungen** der Kroaten gegen die Italiener. Immer wieder kommt es zu neuen Gewaltthätigkeiten und es bereitet sich in Dalmatien derselbe Kriegszustand der minder intelligenten slavischen Rasse gegen die italienische, welche die Cultur nach Dalmatien getragen, vor, wie er in Böhmen zwischen Deutschen und Slawen besteht. — In **Sebenico** wurden kürzlich wieder einige italienische Matrosen von Kroaten überfallen und mit großen Kohlenstücken beworfen. Ein Matrose wurde schwer verletzt.

* Dem **schwedischen Reichstage** ist vom Justizminister ein Gesetzentwurf vorgelegt, welcher die Strafgesetze gegen Verletzung der Sittlichkeit und Religionsschmähung durch die Presse verschärft. Die Vorlage hat um so mehr überrascht, als in der Thronrede angekündigt worden ist, daß diesem Reichstage keine politisch wichtigen Vorlagen unterbreitet werden sollten. Die liberale Presse fordert energisch die Zurückziehung der Vorlage.

* In demselben Augenblicke, wo in **Deutschland** die radicale Opposition mit allem Hochdruck gegen eine stärkere Besteuerung des **Branntweins** arbeitet, ist in der republikanischen **Schweiz** durch die unmittelbare Volksabstimmung das **Alkoholgesetz** mit dem Bundesmonopol für den Verkauf von Branntwein mit 252,000 gegen 127,000 Stimmen angenommen worden. Es war gerade die schweizerische Demokratie, welche für Annahme dieses Gesetzes gewirkt hatte. An Verbissenheit und Kurzsichtigkeit kommt freilich dem deutschen Radicalismus kein anderer gleich. — **Officiös** wird aus **Berlin** zur Sache geschrieben:

Die Branntweintheorien unserer Opposition sind durch die am Sonntag stattgehabte schweizerische Volksabstimmung über das neue Alkoholgesetz vollständig über den Haufen geworfen worden. Nach dem Urtheile unserer Opposition ist es bekanntlich eine Todsünde am Geiste der Freiheit und des Fortschritts, den Branntwein für eine ausnutzungsfähigere Steuerquelle zu halten, als er in deutschen Landen derweil ist; neben dem „Pfeifchen" war es bekanntlich immer auch das „Gläschen" des armen Mannes, aus dem sich der „große" Volksfreunde Eugen Richter stets aufs Neue stärkte, wenn er einen Hauptschlag gegen die Anhänger der Monopole oder wenigstens der erhöhten Steuern auf Tabak und Branntwein führen wollte. In Consequenz dieses Wirthschaftspolitikers müßte in einem „wahrhaft freien" Lande der Schnaps eigentlich gar nichts kosten. Und was sehen wir nun in der Schweiz, also in einem Lande, das doch auch nach freisinniger Auffassung kaum als „reactionair" oder „despotisch" regiert zu bezeichnen sein dürfte!? Das schweizerische Volk hat mit Zweidrittel Majorität einem Gesetze seine Zustimmung ertheilt, welches, gleich den analogen Bestrebungen der verbündeten deutschen Regierungen, den Branntwein erheblich höher besteuert, und eingestandenermaßen zu dem doppelten Zweck: das Volk soll den schrecklichen Verheerungen der Schnapspest entrissen werden, indem es theils durch eine mäßige Vertheuerung des gewöhnlichen Spritbranntweins von dem Genusse dieses Getränks abgehalten, theils dort, wo es durch äußere Lebensverhältnisse bis zu einem gewissen Grade auf das Gläschen angewiesen ist, vor den gesundheitszerstörenden Wirkungen fuselhaltigen Branntweins bewahrt wird, die führenden Glieder der Eidgenossenschaft, die Cantone hinwieder sollen in ihrem Haushalt durch die Erträgnisse der auf den Alkohol gelegten monopolisirten Besteuerung gehärtet, vor drohenden Finanzcalamitäten bewahrt und überdies befähigt werden, die allgemeine Volkswohlfahrt auf noch breiterer Basis als bisher zu pflegen. Und um das Maß voll zu machen: das schweizerische Alkoholgesetz trägt einen ausgesprochen **monopolitischen** Charakter. Wenn unsere Opposition sich in ihrem Gebahren nicht ausschließlich durch fanatische Rechthaberei, sondern auch nur ein ganz klein wenig durch Rücksichtnahme auf Dinge und Verhältnisse bestimmen ließe, so müßte ihr Entrüstungssturm für möglichst billigen Schnaps durch den Ausfall der schweizerischen Volksabstimmung bedenklich ins Schwanken gerathen. Ueber solche Anwandlungen sind unsere Extremen allerdings hoch erhaben. Sie werden es wohl auch fertig bringen, gerade der deutsch-schweizerischen Grenzpfähle zu dislociren, was sie bisher bei denselben auf das Grimmigste befehden. Das ist zwar nicht logisch — aber deutsch-freisinnig.

* Zu dem **Boulanger'schen Mobilmachungs-Project**, welches allerdings schon in der Commission selbst auf Widerstand zu stoßen scheint, giebt der „Post" Folgendes zu:

Die **Mobilmachung zweier französischer Armecorps im Westen** würde uns eine sehr viel größere Aufmerksamkeit zur Pflicht machen, als wenn die Grenzcorps sich auf den Kriegsfuß setzten. Das Bestreben der Franzosen ist — wie es von ihrem Standpunct aus auch sein muß —, uns zu überraschen, und vor dem Aufmarsch unserer Heere das Reichsland wenigstens wenigstens zu entreißen. Ihre Grenzcorps haben zu diesem Behufe, zunächst freilich wohl mehr in defensiver Absicht, sehr viel größere Kriegsstärke als die Corps im Innern. Bei uns ist dasselbe der Fall, unsere Garnisonen sind erst in allerneuester Zeit noch verstärkt und verstärkt, die Franzosen uns aber darin noch dadurch erheblich voraus, daß ihre Feldartillerie einen großen Theil der Munitions- und anderen Fahrzeuge beisammen hat. Auch selbst in diesem halbmobilen Zustande sofort in die Action geworfen, würden die Ueberstände des Auftretens nicht ganz heutiger Formationen in sehr viel geringerem Grade sich geltend machen, als es 1870 bei der Verwendung der ganz schwachen Friedensstämme der Fall war. Die Cavallerie ist ja ganz heutig; durch das Heranziehen von Landpferden und der Beurlaubten der Artillerie und Infanterie aus der nächsten Umgebung der Garnisonen würden aber auch diese beiden Waffen in 48 Stunden so gut wie völlig mobil hergestellt sein. Die Mobilisirung der Grenzcorps würde hiernach auch keine Probe für die Mobilisirung völlig unfertiger Corps sein. Die Zeitdauer und die Friction jeder Art würden viel geringer sein. Würde nun Boulanger, wenn die beiden Westcorps fertig sind, sofort den Eisenbahntransport beginnen, so würden von da ab in 4 Tagen 4—5 heutige Armecorps unsere Grenze überschreiten können. Darauf müssen wir vorbereitet sein. Die Stimmungen sind zu veränderlich jenseits der Grenze. Eine friedliche Regierung führt ohne jeden Hintergedanken die Mobilisirung aus, und wenn dieselbe fertig ist, tritt eine kriegerische Gewalt auf und läßt die Truppen nicht nach Hause gehen, sondern marschiren. Würden wir da nicht gezwungen sein, auch einige und zwar mehr als zwei Armecorps (nicht im Osten, sondern im Centrum) mobil zu machen?

Ganz gewiß! Es würde dies aber nicht einmal genügen, wir müßten zur rechten Zeit noch alle kriegsbrauchbaren Pferde und alle Manuschaften des beurlaubten Standes aus den Reichslanden einziehen. Sind erst die Franzosen im Lande, dann gehen uns Pferde sowohl als Menschen verloren, ein großer Theil der letzteren wird sogar das, was sie bei uns gelernt haben, gegen uns verwenden.

Machen die Franzosen allein die Ostcorps mobil, so würden sie um 60—70,000 Mann schwächer auftreten, wenn ein plötzlicher Paroxismus sie erfaßte. Tunjours en redette.

Die „Kreuzzeitung" schreibt zur Sache: „Die Nachrichten, welche uns aus Paris von gut unterrichteter Seite zugehen, lassen die Zukunft Frankreichs in sehr unsicherem Lichte erscheinen. Unter solchen Umständen gewinnt die Absicht der französischen Regierung, demnächst ein Armecorps mobil zu machen, eine Bedeutung, welche Deutschland im Interesse seiner Sicherheit zu Gegenmaßregeln zwingen wird. Die Machthaber in Frankreich mögen sich deshalb nicht wundern, wenn man bei uns in maßgebenden Kreisen eine eventuelle Vervollständigung auf den Kriegsfuß für sämmtliche in den Reichslanden stehende Truppen in Erwägung ziehen sollte."

* Unter dem Titel „Hinter den Coulissen in Amerika" hat die „Times" die Veröffentlichung einer neuen Serie von Artikeln über das Capitel „Parnellismus und Verbrechen" begonnen, die neue Enthüllungen über die zwischen den Feniern in Amerika und den irischen Agitatoren in der Heimath bestehenden Beziehungen enthalten. Den ersten Artikel begleitet die „Times" mit einer Betrachtung, in welcher sie u. A. sagt:

„Wir haben einen Zipfel des Schleiers, welcher die nicht anerkannten Beziehungen zwischen dem Parnellismus und anderen Entwickelungen des irischen revolutionären Geistes verhüllt, durch die Veröffentlichung von Mr. Parnell's Brief über die Ulster-Park-Meeting gelüftet. Wir lüften heute einen anderen Zipfel, wodurch gezeigt wird, daß die amerikanischen Fenier des Clan-na-Gael und die Mörder-Partei in einer Linie mit den sogenannten „Constitutionalisten" stehen. Die weitere Geschichte des Pacts, der Herrn Parnell ein Monopol politischer Macht und reichliche pecuniäre Hülfsquellen gesichert hat, wird interessant wie belehrend gefunden werden. Es ist unmöglich, zu bezweifeln, daß die Politik der Parnellisten-Partei und folglich die des Herrn Gladstone letzter zuletzt von den Häuptern des Clan-na-Gael und Patrick-Ford diktirt wird."

* Die „Times" verzeichnet das Gerücht, ein junger Mann habe am 11. Mai den Gouverneur von Astrachan durch einen Revolverschuß erheblich verwundet. Eine Lesart bezeichnet den Thäter als einen nihilistischen Studenten, eine andere stellt den Mordversuch als einen Ausfluß der Privatrache an dem Gouverneur dar, der in der letzten Zeit durch Streitigkeiten mit dem Adelsmarschall und anderen Ortsgrößen in einen Proceß verwickelt war.

* Im Sommer d. J. soll zu Jekaterinburg auf Veranstaltung der **Uralischen Wissenschaftlichen Gesellschaft** unter dem Ehrenvorsitz des Großfürsten Michael Nikolajewitsch eine **wissenschaftliche und gewerbliche Ausstellung Sibiriens und des Urals** stattfinden. Das Ausstellungsprogramm enthält besondere Abtheilungen für Naturgeschichte, für Geographie und Reisen, für Anthropologie, Ethnographie und Archäologie, für Bergbau und Hüttenwesen, für Fabrikation und Handwerk, für Hausgewerbe, für Land- und Forstwirthschaft, Gärtnerei, Jagd und Fischerei, für Importartikel aus dem europäischen Rußland und für schöne Künste. Den Besuchern der Ausstellung werden gegen Vorzeigung einer Bescheinigung des Comités Fahrpreisermäßigungen auf der Dampferlinie Nischni-Nowgorod-Perm und auf der Eisenbahn Perm-Jekaterinburg gewährt. Als geeignetste Zeit zum Besuche der Ausstellung werden der Monat Juli und die erste Hälfte des August neuen Styls bezeichnet.

Zur Lage auf der Balkan-Halbinsel.

* Man schreibt uns aus Wien:

Es ist im Laufe der Allegstzeit von zweifelhaften Zeitungs-Berichterstattern wiederholt behauptet worden, daß die bulgarische Frage vorläufig „vollständig ruhe" und über den Stand derselben nichts Nennenswerthes zu melden sei.

Wir wissen nicht, ob diese Behauptung von Correspon-